



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBFI
Abteilung Hochschulen
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

10. Dezember 2019 (RRB Nr. 1179/2019)

**Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung
und der Innovation (Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 20. September 2019 haben Sie uns eingeladen, zur Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Vernehmlassung und äussern uns wie folgt:

Die vorliegende Änderung des FIFG verbessert die Rahmenbedingungen zur Förderung der wissenschaftsbasierten Innovation. Die Förderinstrumente, vorab die Projektförderung, werden flexibler und effektiver ausgestaltet. Innosuisse erhält dadurch mehr Handlungsspielraum und kann unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Innovationsakteure die Innovationsförderung in einem sich dynamisch verändernden Umfeld noch zielgerichteter und wirkungsorientierter anbieten und auch umsetzen.

Die neue Regelung einer Bandbreite für das Mass der Beteiligung der Umsetzungspartner trägt dazu ebenso bei wie die nun mögliche, direkte Förderung von Start-up/Spin-off oder die Neuausrichtung der Nachwuchsförderung. Diese Anpassungen ändern indessen nichts am Grundsatz, dass die Schweizer Innovationsförderung am Knowhow-Transfer zwischen Hochschulen und Unternehmen anknüpft. Bestrebungen, diesen Grundsatz auszuhöhlen und namentlich Innovationsprojekte von KMU ohne Forschungspartner direkt zu fördern (vgl. WBK-N; parlamentarische Initiative 19.436), sind deshalb – mit Ausnahme der Förderung von Start-up/Spin-off – zurückzuweisen.

Auch mit der vorliegenden Änderung des FIFG sind die Voraussetzungen für eine Förderung der angewandten Forschung und Entwicklung in den Gesundheits-, Sozial- sowie Geistes- und Kulturwissenschaften nach wie vor nur unzureichend gegeben. In diesen Bereichen sind noch besondere Förderinstrumente zu entwickeln, die den Eigenheiten der Umsetzungspartner aus den genannten Disziplinen Rechnung tragen.

Zu den Bestimmungen im Einzelnen:

Art. 18 Abs. 2 Bst. b^{bis} / Art. 20 Abs. 4

Mit dem Begriff «hochqualifizierte Person» sind Personen mit grossem Potenzial in der wissenschaftsbasierten Innovation gemeint. Im Vergleich mit dem bisherigen Schwerpunkt «Nachwuchsförderung» wird damit der Adressatenkreis für Unterstützungsmassnahmen erweitert, was zielführend ist. Trotzdem ist auch inskünftig das Hauptaugenmerk auf der Förderung und Schaffung attraktiver Bedingungen für «junge Talente» namentlich auch an Fachhochschulen zu legen.

Art. 19 Abs. 1

Die Projektförderung gemäss Art. 19 Abs. 1 ist und bleibt das bedeutsamste Förderinstrument von Innosuisse. Die Grundlage bildet in der Regel die Zusammenarbeit zwischen einem Forschungspartner und einem Umsetzungspartner. Vermehrt steht auf Seite des Umsetzungspartners allerdings auch ein Verbund von Unternehmen. Diese Konstellation wird nach unserer Einschätzung von Art. 19 Abs. 1 ebenfalls erfasst, auch wenn dies so in der Regelung nicht ausdrücklich (die Innovationspartner werden allerdings im Plural genannt) zum Ausdruck kommt.

Art. 19 Abs. 2^{bis}

Mit dem Wechsel von der starren hälftigen Beteiligung hin zu einer angemessenen Beteiligung der Umsetzungspartner an den Projektkosten kann das Instrument der Projektförderung vermehrt auf die Umstände des Einzelfalls ausgerichtet und damit insgesamt flexibler gehandhabt werden. Der sich daraus ergebende grössere Handlungsspielraum von Innosuisse bedarf allerdings aus Gründen der Transparenz einer klaren Regelung in nachgeordneten Erlassen, namentlich in der Beitragsverordnung. In diesem Rahmen ist auch darauf zu achten, dass die individuelle Festlegung der «angemessenen Beteiligung» nicht zu zusätzlichem bürokratischem Aufwand und damit zu Projektverzögerungen führt.

Art. 19 Abs. 2^{ter}

Da im Rahmen einer internationalen Zusammenarbeit neu Beiträge direkt an Umsetzungspartner geleistet werden können (Art. 19 Abs. 1^{bis}), muss eine Abweichung von den Voraussetzungen gemäss Art. 19 Abs. 2 Bst. d möglich sein. Insbesondere soll eine geringere Beteiligung als 40% verlangt oder ganz auf eine Beteiligung verzichtet werden können. Art. 19 Abs. 2^{ter} ist deshalb mit einem neuen Bst. e wie folgt zu ergänzen: «der Umsetzungspartner Beiträge gemäss Absatz 1^{bis} erhält.»

Art. 20 Abs. 3

Neben dem Auswahlverfahren ist die regelmässige Überprüfung der Qualität der Leistungserbringerinnen und -erbringer ein wesentliches Element der Qualitätssicherung. Die Evaluation der Leistungen wird zwar in der Beitragsverordnung geregelt. Wir regen an, diesen wichtigen Bereich der Qualitätssicherung auf Gesetzesstufe (Art. 20) zu regeln.

**Art. 20 Abs. 4 Bst. b**

Die Gewährung von Beiträgen für die Weiterbildung ist zielführend. Das Kriterium «international» ist allerdings kein Qualitätskriterium und schränkt das Förderangebot unnötig ein. Wir schlagen deshalb vor, auf dieses Kriterium zu verzichten. Ferner regen wir an, den Begriff «Weiterbildungskurs» durch «Weiterbildungsprogramm» zu ersetzen.

Art. 23 Abs. 2

Die Möglichkeit, den vom Bund unterstützten Technologiekompetenzzentren im Vergleich zu den übrigen Hochschulforschungsstätten höhere Overheadbeiträge zu leisten, wird begrüsst. Es ist richtig, die jeweiligen Höchstsätze nicht im FIGG, sondern im Rahmen des betreffenden Bundesbeschlusses festzulegen. Dazu ist zu bemerken, dass der in den Erläuterungen genannte Höchstsatz von 25% für Technologiekompetenzzentren tief angesetzt ist. Für diese erweisen sich deshalb die von Innosuisse geförderten Projekte als potenziell unattraktiv. Anzumerken bleibt, dass auch der für die Hochschulen festgelegte Beitragssatz von 15% nicht ausreichend ist.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Carmen Walker Späh

Dr. Kathrin Arioli

